BIBI

11. 7. 32.

J 150

Nr. 23 Dreizehnter Jahrgang

Leipzig, 24. Juni 1932

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Löhrstraße Nr. 6
Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telephon 27489
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittag.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Brüderstraße 19; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8, Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresden: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Gemeindefrieden in Berlin

Am 16. ds. bot die Sitzung der Berliner Jüdischen Gemeinderepräsentanz ein in den letzten Jahren ungewohntes Bild. Die zwei großen Lager, die liberale Mehrheit und die Vertreter der Jüdischen Volkspartei, bemühten sich geflissentlich über die vergangenen schweren Kämpfe Vergessenheit zu breiten und einander an Entgegenkommen zu überbieten. Seit der Übernahme der Gemeindeverwaltung durch die neue liberale Mehrheit hat es in der Berliner Gemeindestube nicht so viel Harmonie und Friedfertigkeit gegeben, wie in der letzten Sitzung. Die Vorgeschichte dieser Entwicklung verdient noch einmal rekapituliert zu werden.

Am 14. September 1930 errangen die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl einen Stimmenzuwachs von 800 Prozent. Die Konsternation der bis dahin von der liberalen Presse in Sicherheit gewiegten jüdischen Bevölkerung Deutschlands war unbeschreiblich. Am 30. November 1930 fanden die Wahlen in die Berliner Jüdische Gemeinde statt. Sie vollzogen sich von liberaler Seite aus unter dem Schlagworte „Gegen Zionisten und Ostjuden." Eine Wahlbeteiligung, wie sie innerhalb des deutschen Judentums noch niemals vorgekommen war, verschaffte den Liberalen eine starke Mehrheit. Nach mehreren Monaten, während welcher Wahlproteste der unterlegenen Richtungen liefen, übernahm die liberale Majorität die Herrschaft in der Berliner Gemeinde. Entsprechend den Parolen des Wahlkampfes versuchte nun die liberale Mehrheit, mit größter Rücksichtslosigkeit den Gegnern, unter deren Führung die Berliner Jüdische Gemeinde in den Jahren 1927—1930 eine erfreuliche Entwicklung genommen hatte, zu beweisen, daß nunmehr die Anschauungen der liberalen Scharfmacher die einzig gültigen zu sein hätten. Auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung, im Schulwesen, in der Personalpolitik, im Verhältnis zu allgemein jüdischen Angelegenheiten, wie Palästinaaufbau, Rechtsschutz der Juden usw., sowie auch in der Subventionspolitik machte sich die scharfe Tonart des Liberalismus geltend. Die liberale Mehrheit schreckte auch nicht davor zurück, die gegnerischen Ansichten mundtot zu machen. Mit dem Fallbeil der Mehrheit wurden Aussprachen abgeschnitten, Anträge der Volkspartei ohne Anhörung von Gründen abgelehnt und jeder Versuch einer parlamentarischen Verhandlung von einzelnen Problemen im Keime erstickt. Die eigentliche Verwaltung der Gemeinde lag bis in die kleinsten Einzelheiten im Beratungszimmer der liberalen Fraktion. Besonders scharf wirkte sich dieser feindselige Kurs in Personalfragen aus. Angriffe gegen volksparteiliche Mandatare, die früher die Gemeindeverwaltung bestimmend beeinflußt hatten, Entlassungen und Versetzungen volksparteilicher Ansichten verdächtiger Beamter waren an der Tagesordnung. Vergeblich bemühten sich die Vertreter der Volkspartei, die liberalen Scharfmacher zur Besinnung zu bringen. Kaltschnäuzig und höhnisch wurde jeder Versuch, einen Modus vivendi in der Gemeinde zu schaffen, von vornherein zurückgewiesen. Die Situation spitzte sich dermaßen zu, daß sogar in den persönlichen Beziehungen zwischen liberalen und volksparteilichen Vertretern eine Schärfe einriß, die es menschlich unmöglich machte, in der Gemeindeatmosphäre auf irgend eine Art zusammenzuwirken. Der letzte Anstoß war, nachdem die Liberalen die Subvention für die Hebräische Universität in Jerusalem glattwegs eingestellt hatten, die Streichung der seit zehn Jahren an den „Hechaluz" gezahlten jährlichen Subvention. Dies geschah mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die liberale Mehrheit es ablehne, in irgend einer Form Institutionen zu unterstützen, die jüdisch-nationalen Anschauungen huldigen. Es wurde klipp und klar erklärt, daß die jüdisch-nationale und zionistische Anschauung keinen Platz in der Jüdischen Gemeinde Berlin haben dürfe. Diese Diffamierung einer Richtung, welche beim letzten Wahlkampf in Berlin 28000 Stimmen auf sich vereinigte und 15 Vertreter ins Gemeindeparlament bringen konnte, war objektiv ein Unrecht und subjektiv eine Kränkung, die sich die volksparteilichen Vertreter nicht gefallen lassen konnten. Die Folge war, nachdem die Berliner Liberalen ihre aggressive Politik auch in den Landesverband Preußischer Judengemeinden getragen und dort die Entrechtung des Hechaluz mit der gleichen Motivierung wie in der Berliner Gemeinde durchgesetzt hatten, daß die Vertreter der Jüdischen Volkspartei, da jede Auseinandersetzung über diesen Fragenkomplex in der Berliner Gemeinde durch die liberale Mehrheit abgeschnitten wurde, den Beratungsaal verließen.

Dieser Schritt erregte in per Öffentlichkeit berechtigdes Aufsehen. Die Volksparteiler hatten mit ihm keinesfalls zum Ausdruck bringen wollen, daß sie an eine endgültige Abstinenz der Gemeindearbeit oder gar an eine Spaltung denken. Sie wollten bloß durch diese stärkste Form einer Demonstration die Öffentlichkeit aufrütteln und in weiten Kreisen auch der liberal eingestellten Judenschaft die Aufmerksamkeit auf die Zustände in der Berliner Jüdischen Gemeinde lenken. Tatsächlich verfehlte diese Geste ihren beabsichtigten Eindruck nicht. Die Struktur der Berliner Jüdischen Gemeinde hat sich nämlich in den letzten Jahren gründlich gewandelt. Die eigentlichen Träger der Gemeindearbeit und auch diejenigen, welche die Hauptkosten der Gemeindeaufgaben tragen, sind heute ganz andere Personen als noch vor wenigen Jahren. Die Liberalen können sich nicht mehr darauf berufen, daß die Hauptsteuerträger einige wenige Persönlichkeiten ihrer Anschauung sind. Die Großzahlergemeinde wird in der Hauptsache von einem Kreise von Menschen getragen, die in ihrer Mehrheit keineswegs mit dem liberalen Scharfmacherkurse einverstanden sind. Dazu kam die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland. Selbst dem verbohrtesten Gegner der volksparteilichen Ansichten ist allmählich die Erkenntnis aufgegangen, wie richtig die Prognosen dieser Richtung gewesen und wie logisch und begründet die Beurteilung der jüdischen Gegenwart gewesen sind. Unter dem doppelten Drucke der Außenwelt und der jüdischen Welt vollzog sich bei den Liberalen eine innere Wandlung. Dieselben Leute, die noch im Monat Februar, März und April 1931 nichts von einem Nachgeben gegenüber den Volksparteilichen Forderungen und nichts von einer Einigung unter Anerkennung der Legitimität des nationaljüdischen Prinzips in den jüdischen Gemeinden wissen wollten, besannen sich unter der Wucht der Tatsachen eines Besseren. Es ist sicherlich so gewesen, daß im Kreise der Liberalen selbst sich die Stimmen gegen die unversöhnlichen Bekämpfer der volksparteilichen Richtung gemehrt haben. Auf Grund einer liberalen Initiative traten Volksparteiler und Liberale zu Verhandlungen zusammen, die Wochen hindurch geführt wurden. Ohne daß man den Versuch gemacht hätte, irgend eine gemeinsam zu beschließende Deklaration zu verfassen, ging man sachlich auf die einzelnen Forderungen ein. Es ist festzustellen, daß die liberale Mehrheit bisher fast in allen Punkten welche bis vor kurzer Zeit den Gegenstand erbittertster Streitigkeiten gebildet hatten, sich zum Nachgeben bereit fand. Die Subvention für den Hechaluz wurde bewilligt. Die Gegnerschaft gegen das jüdische Gemeindeschulwesen beträchtlich gemildert, der Personalabbau eingestellt, ein Übereinkommen geschlossen, daß in Zukunft in allen wesentlichen Fragen nicht die brutal eingesetzte Mehrheit, sondern ein Gentlemen's Agreement zu entscheiden habe. Einzelne Verhandlungsgegenstände sind noch nicht bereinigt, wie die Frage einer Beteiligung am Palästinaaufbau und ähnliches. Doch hofft man, auch in dieser Hinsicht zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die Situation der Judenheit in der ganzen Welt und besonders in Deutschland sehr schwierig ist, wenn man ferner in Betracht zieht, daß kein Mensch vorauszusagen vermag, wozu dringend notwendig die Zusammenfassung und Einkeitlichkeit aller deutschen Juden in den kommenden Monaten sein werden, dann soll man sich über die Wendung in dem innerjüdischen Streit in der Berliner Jüdischen Gemeinde freuen. Die Gegensätzlichkeit in der Auffassung der Judenprobleme bleibt nach wie vor bestehen, aber eines ist wohl allen Vertretern in der Berliner Jüdischen Gemeinde klar geworden: wie kaum zu einer anderen Zeit bildet die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine Schicksals- und Notgemeinschaft, und es wäre ein Verbrechen von jüdischer Seite, wenn man nicht in dieser Situation die innerjüdischen Streitigkeiten vergessen und sich zur Wahrung der Rechte und zum Schutze der Gemeinschaft zusammenfinden würde. l. s.

Universitätsbibliothek
1069 Beethovenstr. 7

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417009437-19320624/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG